

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

das vorliegende Heft der Südosteuropa Mitteilungen, Auftakt zum 50. „Jubiläumsjahrgang“ unserer Zeitschrift, widmet sich einigen Ländern Südosteuropas, die derzeit besonderen Anlass zur Sorge bieten. Nicht umsonst finden sich die Termini „Krise“ und „Misere“ in den Titeln unserer Beiträge zu Rumänien, Griechenland und Bosnien-Herzegowina. Die Probleme dieser Staaten und Gesellschaften und die Ansätze und Hoffnungen auf ihre Lösung sind so verschieden wie ihre Strukturen, ihre jüngere Geschichte und der Stand der Integration in die euro-atlantischen Institutionen.

Rumänien, Staat mit sozialistischer Vergangenheit und Neumitglied in EU und NATO, ist tief getroffen von der globalen Wirtschaftskrise. Die Krise bedingt eine Zuspitzung der innenpolitischen Auseinandersetzungen, wie die Rumänien-Expertin Anneli Ute Gabanyi am Beispiel der Präsidentschaftswahlen Ende 2009 zeigt.

Die alarmierende Situation in Griechenland, einem etablierten Mitglied in allen euro-atlantischen Strukturen, hat die Europäische Union nunmehr zu drastischem Eingreifen in die dortige Innenpolitik veranlasst. Die aktuell beschlossenen Maßnahmen sind in ihrer Radikalität nur durch die Gefahr zu rechtfertigen, welche ein griechischer Staatsbankrott für das Europäische Währungssystem bedeuten könnte. Griechenland, so unser Analyst Heinz-Jürgen Axt, bedarf grundlegender Reformen in Wirtschaft, Gesellschaft und insbesondere im Bildungssystem. Dem allgegenwärtigen Klientelismus ist jedoch nur schwer beizukommen und überfällige Einschnitte in gewohnte Privilegien enthalten gefährlichen sozialen Sprengstoff.

Dem jugoslawischen Nachfolgestaat Bosnien und Herzegowina widmet sich der Schwerpunkt dieses Heftes. Thorsten Gromes fragt angesichts der virulenten politischen Krise des Landes danach, ob neue bewaffnete Auseinandersetzungen zu befürchten sind. Oliver Rolofs analysiert die aktuellen Ereignisse und erläutert dabei die grundlegenden Defizite sowohl in der bosnischen als auch in der internationalen Politik gegenüber Bosnien-Herzegowina. Laut Saša Gavrić und Damir Banović bedarf die Verfassung nach dem Abkommen von Dayton, die einen der weltweit komplexesten Staaten geschaffen hat, grundlegender Reformen, deren Inhalte und Grenzen die Autoren erläutern. Sören Keil schließlich sieht das Problem nicht so sehr in der Verfassung selbst, als vielmehr in ihrer mangelhaften Umsetzung, die auf pures ethnisches „Power-Sharing“ fixiert ist.

Die Südosteuropa-Gesellschaft wird mit ihren Aktivitäten nach Kräften Beiträge dazu leisten, dass trotz der akuten Krisen in der Region „Licht am Ende des Tunnels“ sichtbar wird.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihr Redaktionsteam

Hansjörg Brey

Claudia Hopf